

Antragsbuch

56. Landeskongress Jungliberale Aktion Sachsen

18. Oktober 2014 | Porzellan- & Weinstadt Meißen



Der Twitter-Hashtag zum Kongress: #JuliA56

Samstag, 18. Oktober 2014

WeinErlebniswelt Meißen der Winzergenossenschaft Meissen
Bennoweg 9 in 01662 Meißen

56. Landeskongress der Jungliberalen Aktion Sachsen

- | | |
|-----------|--|
| 09:00 Uhr | Beginn CheckIn |
| 10:00 Uhr | Landeskongress |
| 1) | Eröffnung und Begrüßung |
| 2) | Feststellung der ordnungsgemäßen
Einladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3) | Wahl einer Tagungsleitung |
| 4) | Beschlussfassung über die Tagesordnung |
| 5) | Wahl eines Protokollführers |
| 6) | Wahl einer Zählkommission |
| 7) | Grußworte |
| 8) | Festlegung der Reihenfolge der Sachanträge |
| 9) | Bericht des Landesvorsitzenden |
| 10) | Aussprache und Auswertung der Landtagswahl |
| 11) | Wahl der Bundeskongress-Delegierten 2015 |
| 12) | Beratung von Satzungsänderungsanträgen |
| 13) | Beratung von Sachanträgen |
| 14) | Sonstiges (ggf. Ehrungen) |
| 15) | Schlusswort des Landesvorsitzenden |

Das Ende des Landeskongresses wird gegen 18 Uhr erwartet.

Der Twitter-Hashtag zum Kongress: #JuliA56

Nr.	AMV	Titel	Antragsteller	Seite
1 Bildung & Forschung				
11		Freiheit für Mobiltelefone	Junge Liberale Chemnitz	5
12		Längeres gemeinsames Lernen	Junge Liberale Chemnitz	6
13		Schachmatt	Junge Liberale Chemnitz	7
14		Leistungsorientierter Übergang an weiterführende Schulen	Junge Liberale Chemnitz	9
15		Toleranz nicht nur lehren, sondern auch leben	Junge Liberale Chemnitz	10
16		JuliA forscht	Rudi Ascherl	11
2 Liberales				
21		Nudging ablehnen – Für eine Politik ohne Psychotricks, um Bürger zu lenken	Martin Thoma, Benjamin Rego	16
22		JuliA fit für die Zukunft machen	Max Pätz	17
23		Liberales Lebensgefühl!	Junge Liberale Chemnitz	18
24		Wettbewerb auch in der FDP	Junge Liberale Chemnitz	20
3 Europa, Wirtschaft & Verkehr				
31		Nicht der Name ist wichtig, sondern die Struktur!	Junge Liberale Chemnitz	21
32		Europa ist ein Thema!	Junge Liberale Chemnitz	22
33		Es maut gebührend der Beitragsverkehr!	Alexander Hausmann	23
34		Abschaffung aller Agrarsubventionen - Liberale Antwort auf den Welthunger	Landesvorstand	24
35		Mobilität im ländlichen Raum	Landesvorstand	26

Sachanträge

56. Landeskongress Jungliberale Aktion Sachsen

18. Oktober 2014 | Porzellan- & Weinstadt Meißen



Der Twitter-Hashtag zum Kongress: #JuliA56

1 **Antrag 11: Freiheit für Mobiltelefone**

2

3 Antragsteller: *JuLis Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Mobiltelefone sind als Alltagsgegenstände auch auf sächsischen Schulhöfen kaum mehr weg-
8 zudenken. Ein generelles Handyverbot an Schulen lehnt die Jungliberale Aktion Sachsen ab und
9 spricht sich bspw. gegen die Idee aus, dass Schüler ihre Mobiltelefone beim Eintreffen in der Schu-
10 le abgeben müssen und nach dem Unterricht ausgehändigt bekommen.

11

12 Wir betonen vielmehr den pädagogischen Nutzen mobiler Endgeräte – etwa zur besseren media-
13 len Unterstützung des Unterrichts. Wenn sächsische Schüler diesen Weg bereits gehen, sollten die
14 sächsischen Schulen nicht als Bremsklotz der Digitalisierung dienen, sondern mit gutem Vorbild
15 vorangehen.

16

17 Die Jungliberale Aktion Sachsen hebt ihren Beschluss „Freiheit für Handys“ vom 30. Landeskon-
18 gress auf.

19

20 *Begründung:*

21

22 Im Beschluss über die Freiheit von Handys vom 30. LaKo sind neben einigen grundsätzlich befür-
23 wortungsfähigen Aspekten zwei Sätze enthalten, die nach heutigem Maßstab so nicht program-
24 matische Grundlage einer liberalen Organisation sein können.

25

26 Dem damaligen Beschluss folgend, wäre die Nutzung von Mobiltelefonen etwa zu unterrichtli-
27 chen Zwecken während des Unterrichts nicht gestattet. Auch die damals geforderten technischen
28 Maßnahmen, um die Nichtverwendbarkeit der Handys während des Unterrichts sicherzustellen,
29 muten betagt an.

30

31 Als freiheitsliebende und zukunftsgerwandte Liberale sehen wir den vernunftgemäßen Gebrauch
32 moderner Medien als lernfördernd an und unterstützen ihn ausdrücklich.

33

34 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 12: Längeres gemeinsames Lernen**

2

3 *Antragsteller: JuLis Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich für ein längeres gemeinsames Lernen und damit ei-
8 nen späteren Übergang an weiterführende Schulen aus. Die Entscheidung nach dreieinhalb Jah-
9 ren Schulzeit und ohne direkte Berücksichtigung des eigenen Willens der Schüler über deren wei-
10 teren Bildungsweg widerstrebt uns.

11

12 Option: Ein Wechsel an die weiterführenden Schulen erscheint uns zwischen der sechsten und
13 siebten Klassenstufe als am sinnvollsten.

14

15 *Begründung:*

16

17 Erfolgt mündlich.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 13: Schachmatt**

2

3 *Antragsteller: JuLis Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen motiviert die sächsischen Grundschulen dazu, Schach als Be-
8 standteil des Unterrichts anzubieten.

9

10 *Begründung:*

11

12 • an einigen Schulen als Fach bereits durchgeführt

13

14 • wirkt zentralen Problem von Lernstörungen bei Kindern und Jugendlichen entgegen

15

16 • fördert nicht nur die Fähigkeiten des planenden und strukturierenden Denkens, sondern un-
17 terstützt vorbildlich das Lernen durch problemlösendes Denken

18

19 • Schachspielen in der Schule ist eine ideale Möglichkeit, in entspannter Atmosphäre einen
20 spielerischen Zugang zu der ernsthaften Problematik des Lernens zu gewinnen

21

22 • entspannteres Verhältnis zu den eigenen Fehlern und damit zur Selbstkritik

23

24 • Modellversuche haben belegt, dass Schachspielen über einen längeren Zeitraum die Konzen-
25 trationsfähigkeit der Schüler erhöht; es unterstützt den Abbau von Kommunikationsschwie-
26 rigkeiten untereinander

27

28 • Beispiel: Dortmund, Schulschach-Wettkampfsystem

29

30 • Modell Projekt Bad Hersfeld: 1. und 2. Klasse und danach als Wahlfach, wurde dann auf ganz
31 Bad Hersfeld angewendet, auch für weiterführende Schulen

32

33 • Studie der Universität Trier, nach der nicht so sehr die guten Schüler vom Schulschach profi-
34 tierten, sondern eher die schwächeren

35

36 • Auch wenn Kinder der Schachgrundschulen weniger Mathematikunterricht hatten, erzielten
37 sie bei VERA, dem Vergleichstest von Grundschulern aus sieben Bundesländern, deutlich besse-
38 re Ergebnisse als die Kontrollklassen der Grundschulen ohne Schach (VERA vergleicht länderü-
39 berübergreifend die Kompetenzen von Drittklässlern in Deutsch und Mathematik); in Mathe-
40 matik waren die Schachschüler doppelt so gut wie der Landesdurchschnitt in Rheinland-Pfalz.

- 1 • viele Sachkundelehrer bzw. Geographielehrer unterstützen dies, da besseres räumliches Den-
2 ken vorhanden ist, und Kinder bereits Erfahrung haben bei der Arbeit mit Karten
3
- 4 • Unterstützer z. B. auch Felix Magath, Schirmherr von „Yes 2 Chess“
5
- 6 • Publikation des Landes NRW: besonders Hauptschüler profitieren davon, weil sie auch Gym-
7 nasiasten schlagen können; Schach in Mathematik eingeführt in einigen Hauptschulen; „Be-
8 kanntlich sind die Spieler am Brett nicht sehr gesprächig. Das hinderte die Schach-Grundschü-
9 ler indes nicht daran, bei der Überprüfung ihres Lese- und Sprachverständnisses fast dreimal so
10 gute Testergebnisse hinzulegen wie der Landesdurchschnitt.“
11
- 12 • Studie des Landes NRW: Erst- und Zweitklässler profitierten am meisten davon: Insbesondere
13 ihre Konzentrationsfähigkeit steigerte sich
14
- 15 • vom Landesschachbund NRW verliehen: Bauern-, Turm- und Königsdiplome für bessere Moti-
16 vation (ähnlich den Seepferdchen)
17
- 18 • <https://www.youtube.com/watch?v=HcOREmCAdkM#t=13>
19
- 20 • <http://www.welt.de/wissenschaft/article3525685/Schach-als-Schulfach-hilft-beim-Lesen.html>
21

22 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

1 **Antrag 14: Leistungsorientierter Übergang an weiterführende Schulen**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen spricht sich für eine Überarbeitung des Übergangs an weiterfüh-
8 rende Schulen aus. Wir setzen uns dabei für einen leistungsorientierten Ansatz ein, der sich jedoch
9 anderen, persönlichen Entscheidungsfaktoren gegenüber offen zeigt.

10

11 Um die Oberschule als Zugangsort für praxisorientierte Berufe zu verstehen, sollten weitere Krite-
12 rien als einzig der aktuelle Notenstand des Schülers in hohem Maße Einfluss finden. Solange der
13 Notenstand das entscheidende Kriterium darstellt, wird das Gymnasium immer als „Schule für
14 Schlaue“, die Oberschule als „Schule für Langsame“ gebrandmarkt bleiben.

15

16 *Begründung:*

17

18 Erfolgt mündlich.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 15: Toleranz nicht nur lehren, sondern auch leben**

2

3 Antragsteller: *Junge Liberale Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Es ist wichtig, dass die Schüler an sächsischen Schulen lernen Toleranz zu leben. Die Jungliberale
8 Aktion Sachsen fordert die Lehrkräfte auf, jegliche Art von Diskriminierung zu unterbinden. Die
9 Schulen sind dazu angehalten, ein gemeinsames Lernen trotz verschiedener Sprachen, Herkunft,
10 Religion, Weltanschauung und Sexualität zu gewährleisten.

11

12 Die Jungliberale Aktion fordert einen wertneutralen Religionskunde- und Ethikunterricht an säch-
13 sischen Schulen. Durch eine differenzierte Darstellung aller Religionsgruppen soll Toleranz durch
14 Wissen gefördert werden. Später können die Schüler wählen, ob sie einen vertiefenden allgemei-
15 nen Religionsunterricht oder Philosophieunterricht besuchen.

16

17 Das Bildungswesen soll für Menschen mit Behinderung weiter geöffnet werden. Die Jungliberale
18 Aktion Sachsen fördert die Inklusion von Menschen mit Behinderung in den Betrieb der Regel-
19 schulen mit Augenmaß. Da jedes Kind individuell ist, lässt sich auch nicht generell darüber befin-
20 den, dass alle Kinder inkludiert werden sollen. Maßgabe sind die größtmöglichen individuellen
21 Chancen der Kinder.

22

23 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert eine offenere, sensiblere (sexuelle) Aufklärung in den
24 Schulen. Dabei sollten im Fokus der sexuellen Aufklärung Verhütung, Risiken, sowie Symptome
25 sexuell übertragbarer Krankheiten stehen. Spätestens im Unterricht der 9. Klasse soll den Jugend-
26 lichen außerdem die Akzeptanz für verschiedene Formen von Sexualität vermittelt werden. Diese
27 Akzeptanz herauszubilden sollte eine Aufgabe des Ethik- oder Religionsunterrichtes sein. Auch im
28 außerunterrichtlichen Bereich wünschen wir uns Lehrkräfte, die dazu in der Lage sind, im Bezug
29 auf verschiedene sexuelle Ausrichtungen und gesellschaftliche Phänomene, wie etwa Homopho-
30 bie, handeln zu können.

31

32 *Begründung:*

33

34 Erfolgt mündlich.

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 16:** **Julia forscht**

2

3 *Antragsteller:* *Rudi Ascherl*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 *Liberale Positionen zu aktuellen Fragen der Forschungs- und Wissenschaftspolitik*

8

9 **Echte Forschungsfreiheit?**

10

11 Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein hohes Gut. Wir denken, dass diese Freiheit nur sehr
 12 zurückhaltend eingeschränkt werden darf. Nur dort, wo wirklich ein großes Risiko von Experimen-
 13 ten ausgeht, dürfen tatsächlich Auflagen gemacht werden. So muss diesen Gefahren in erster
 14 Linie durch ausreichende Sicherheitsvorkehrungen Rechnung getragen werden, erst wenn Sicher-
 15 heitsvorkehrungen keinen ausreichenden Schutz schaffen, sollen Experimente untersagt werden
 16 dürfen. Ein gutes Beispiel hierfür sind Arbeiten an humanpathogenen Viren, deren Kontagiosität
 17 und Virulenz durch gezielte Mutation erhöht wurde. Da sich Fachfremden, also in diesem Fall Ju-
 18 risten und Politikern, der Sinn solcher Maßnahmen nicht immer erschließt und sie die Angst der
 19 Bevölkerung von Unbekanntem gern für Aktionismus zum Machterhalt missbrauchen, stehen wir
 20 deren Einfluss auf konkrete Forschungsvorhaben sehr kritisch gegenüber.

21

22 Die Zuweisung von Mitteln sollte mehr an die Erfolge der Einrichtung gebunden sein als an po-
 23 litische Interessen. Hierfür empfehlen sich beispielweise Absolventenquoten für hochschulische
 24 Ausbildungseinrichtungen und die objektivierte Bewertung der Publikationsleistung für For-
 25 schungseinrichtungen in einem für alle Teilnehmer gleichen Verfahren. Jedoch erkennen wir an,
 26 dass eine strenge und exakte Loslösung der Wissenschaft von politischen Interessen nicht endgül-
 27 tig möglich ist.

28

29 **Promotion**

30

31 In Deutschland spielt die Promotion im internationalen Vergleich eine herausragende Rolle im
 32 gesellschaftlichen Leben. Ob Ausweis, Klingelschild, Bewerbung oder Wahlplakat – ganz egal, ob
 33 es um wissenschaftliche Kenntnisse geht oder nicht, der Grad muss untergebracht werden. Die
 34 Verwendung und deren Wirkung erinnert bisweilen an Adelstitel.

35

36 Da die Promotion die Grundlage für eine akademische Karriere ist, warnen wir davor, deren Bedeu-
 37 tung hier unnötig zu erweitern oder auszuhölen. Promotionen sollen daher auch in Zukunft nur
 38 durch Universitäten vergeben werden dürfen. Fachhochschulen “als Hochschulen für angewandte
 39 Wissenschaften” sollen das Promotionsrecht nur dann erhalten, wenn tatsächlich Bedingungen
 40 gegeben sind, die denen an einer Universität entsprechen.

1 Besonders in den Biowissenschaften zeichnet sich ab, was eine “Verramschung” des Dokortitels in
2 Wirklichkeit bedeutet. Aufgrund der hohen Absolventenzahlen und einer Tendenz, keine Anstellun-
3 gen in der Industrie anzunehmen, herrscht ein massives Überangebot von Arbeitskräften in diesem
4 Bereich. Dies machen sich Einrichtungen zu Nutze, die Promotionen betreuen dürfen, indem sie die
5 Promovenden mit halben Stellen abspeisen und dennoch Aufgaben stellen, die nicht in Teilzeit zu
6 bearbeiten sind. Die Studenten sind dennoch hochmotiviert, weil nur dieser Titel ihnen den Zugang
7 zum Arbeitsmarkt sichert. Das geht so weit, dass sogar Hilfspersonal zugunsten von mehr Doktoran-
8 den eingespart wird und diese deren Aufgaben dann sogar teilweise übernehmen müssen.

9
10 Zwar gibt es ein Mindestmaß an Umfang und Qualität, das für den jeweiligen Grad erbracht wer-
11 den muss, jedoch gibt es über diesem Mindestmaß eine große Bandbreite von Leistungen. Wir
12 glauben, dass hinter jeder Promotion eine eigene Geschichte, eigene Erfahrungen und Erkennt-
13 nisse stecken. Wir lehnen daher die Demarkierung von “Massenpromotionsfächern” ab, da gerade
14 in diesen Fächern, nämlich Medizin und Juristik, die Promotion dem Erwerb zusätzlicher wissen-
15 schaftlicher Kompetenzen dient, die bei diesen “wissenslastigen” Fächern oft zu kurz kommt. Ei-
16 nen Eingriff des Staates in die bisher in liberaler Eigenverantwortung durch die Universitäten ge-
17 stalteten Promotionsordnungen zum Zweck der Verminderung der Promovendenzahlen verbitten
18 wir uns. Die Ursache für Anspruchsdenken derjenigen, deren Fakultäten andere Maßgaben für die
19 Promotionen setzen, ist in unseren Augen ein gesellschaftliches Problem.

20

21 **Neue diagnostische Verfahren**

22

23 Während die Wellen, welche die Diskussion um Verfahren wie die Präimplantationsdiagnostik in
24 populären Medien geschlagen haben, hoch waren, spielt dieses Verfahren eine untergeordnete
25 Rolle. Eine massenhafte Anwendung ist aufgrund des hohen fachlichen, personellen und finanzia-
26 ellen Aufwand ohnehin nicht denkbar. Die Chancen dieses Verfahren bestehen darin Paaren, die
27 ein bekanntes Risiko besitzen, Kinder mit tödlich verlaufenden erblichen Erkrankungen zu zeu-
28 gen, dennoch ihren Kinderwunsch guten Gewissens erfüllen zu können. Die JuliA Sachsen erkennt
29 diesen Wunsch an und will die rechtlichen Rahmenbedingungen hier der Realität und nicht der
30 Debatte, die um sie geführt wird, anpassen.

31

32 Bedeutsamer und relevanter sind die Proleme, die sich durch die genauere Analyse des Erbguts
33 eines Erkrankten ergeben, bei dem der Verdacht besteht, dass sein Leiden genetisch bedingt und
34 gegebenenfalls erblich ist. Die durch das Gendiagnostikgesetz festgelegten Regelungen zur be-
35 sonderen Sorgfalt beim ärztlichen Aufklärungsgespräch halten wir jedoch für ausreichend.

36

37 **Menschliches Erbgut**

38

39 Die JuliA Sachsen möchte, dass weiterhin Klonierung mit menschlichem Erbgut auch zu For-
40 schungszwecken erlaubt bleibt, das heißt, dass menschliches Erbgut in Teilen oder im Ganzen in

1 biologischen System vervielfältigt werden darf, auch wenn dabei exakte Kopien der menschlichen
2 Ursprungszellen entstehen.

3

4 Menschliches Leben mit einer Intention zu erschaffen, die nur durch deren schwere Verletzung
5 oder Tötung möglich ist, ist durch heute geltende Gesetze strafbar. Wir sehen hier keinen zusätzli-
6 chen Handlungsbedarf für die Legislative.

7

8 **Drittmittel**

9

10 Bei der Debatte um diejenigen Mittel der Hochschule, die nicht direkt aus dem Haushalt dieser
11 oder vom Ministerium stammen, muss vor allem anerkannt werden, dass es sich hauptsächlich
12 um staatliche Programme der Länder, des Bundes und vor allem der Europäischen Union han-
13 delt, also Steuermittel. Zwar konkurrieren die Hochschulen untereinander um diese Projektmittel
14 und dieser Wettbewerb wird häufig von Gremien mit ausreichend wissenschaftlicher Expertise
15 ("Peers") entschieden, ergeben sich jedoch auch Schwierigkeiten. Während die Direktzuweisun-
16 gen gerade für sächsische Universitäten auf niedrigem Niveau stagnieren, werden immer neue
17 staatliche Drittmittel ausgeschrieben. Gleichzeitig sind Drittmittelprojekte meistens mit sehr kon-
18 kreten Aufträgen verbunden, was die Richtungskompetenz der Hochschulen in ihrer Forschung
19 einschränkt. Die Julia Sachsen vertraut den Hochschulen bei der selbstständigen Verteilung ihrer
20 Mittel und wünscht, dass statt die Drittmittelquote durch staatliche Eingriffe künstlich zu erhö-
21 hen, mehr direkte Zuweisungen eine zu starke Lenkung der Forschung verhindern.

22

23 Die ohnehin verhältnismäßig geringen Mittel, die von privaten Unternehmen stammen sind für
24 uns weniger kritisch zu sehen. Diese Unternehmen können so zum einen für sie wichtige For-
25 schungsprojekte durchführen, für die ihnen das fachlich geeignete Personal oder die Einrichtungen
26 fehlen. Gleichzeitig bringt dies die so häufig geforderte Anwendungsorientierung. Die Gefahr ei-
27 ner zu starken Beeinflussung droht nur, wenn die Hochschulen tatsächlich zur Aufrechterhaltung
28 ihres Betriebs auf diese Gelder angewiesen wären, was durch ausreichend direkte Zuweisungen
29 verhindert werden muss.

30

31 **Tierversuche**

32

33 Die Julia Sachsen erkennt die Leidensfähigkeit von Tieren an und erkennt hier einen Bedarf und
34 möglichen Nutzen gesetzlicher Regelungen. Versuche an Wirbeltieren und Kopffüßern sollen je-
35 doch genehmigt werden, wenn die Vorhaben den derzeit geltenden gesetzlichen Rahmenbedin-
36 gungen genügen, die wir in weiten Teile für ausreichend halten. Es ist unter anderem niedergelegt,
37 dass der Versuchszweck nicht durch andere Methoden erreicht werden kann, den Versuchstieren
38 nur im unerlässlichen Maß Leid zugefügt werden darf und dieses Leid im Hinblick auf den Ver-
39 suchszweck ethisch vertretbar sein muss. Wir betrachten die Regelungen, die zuständige Behör-
40 den auch zum Rückgriff auf aktuelle tierversuchskundliche Erkenntnisse verpflichtet, als positiv.

1 Wirkliche Verbesserung des gesetzlichen Rahmens sind mit akzeptablem Grenznutzen nur noch
2 durch eine genauere Definition der erforderlichen Qualifikation der Experimentatoren zu erzie-
3 len. Wir fordern daher, dass nur noch in wenigen begründeten Einzelfällen Wissenschaftlern das
4 selbständige Durchführen erlaubt oder die volle Verantwortung in Tierversuchsvorhaben gegeben
5 werden darf, wenn sie nicht Tierarzt, Arzt oder Zahnarzt sind oder über die Zusatzbezeichnung
6 “Fachwissenschaftler für Versuchstierkunde” verfügen. Hiervon versprechen wir uns vor allem
7 mehr Anwendungsorientierung und eine bessere Erfahrungsbasis bei den Durchführenden, die
8 vor allem eine bessere Behandlung von Komplikationen im Versuchsverlauf ermöglichen soll.

9
10 Den Wegfall der Genehmigungsfiktion bei Tierversuchsvorhaben nach drei Monaten bedauert die
11 JuliA sehr, da hier ein außerordentlich gutes Beispiel für das gute Funktionieren solcher Regelun-
12 gen vorlag. Wir fordern eine Wiedereinführung und die hierfür notwendige Änderung der europä-
13 ischen Gesetze.

14
15 Wir weisen darauf hin, dass in Deutschland seit vielen Jahrzehnten und in der Europäischen Union
16 endgültig seit März 2013 Tierversuche für Kosmetika ausdrücklich verboten sind, und wir verur-
17 teilen politische Organisationen, die dieses Thema in der wichtigen und richtigen Diskussion über
18 Tierversuche weiter bewusst falsch kolportieren.

19
20 Auf Basis der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (“REACH-Verordnung”) sollen fast alle in der EU
21 verwendeten Chemikalien auf ihren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Umwelt
22 untersuchen und dieses Wissen in einer einzigen großen Datenband zusammenführen. Dieses
23 Vorhaben führt in den Augen der JuliA Sachsen zu unnötigem Tierleid in einem schier unfassbaren
24 Ausmaß, weil selbst für seit vielen Jahrzehnten verwendete Stoffe aufgrund der starren Vorgaben
25 und der Komplexität der Verordnung neue Tierversuche durchgeführt werden müssen. Da diese
26 Versuche aufgrund eines Gesetzes erfolgen laufen sie weit ab den Augen der Öffentlichkeit ab. Die
27 JuliA fordert ein sofortiges Ende der Tierversuche für dieses Projekt, weil der Nutzen der gewonne-
28 nen Erkenntnisse nicht belegt ist.

29 30 **Wehrforschung**

31
32 “Was einmal gedacht wurde, kann nicht mehr zurückgenommen werden.” Dies heißt für die Ju-
33 liA Sachsen, dass das, was möglich ist, soll auch erforschbar bleiben muss. Auch und vor allem
34 müssen Technik und Methoden verstanden und gegebenenfalls erprobt werden, die wir selbst
35 nicht einsetzen wollen, um die möglichen Auswirkungen im Falle eines Einsatzes in kriegerischen
36 Auseinandersetzungen verdeutlichen zu können und so eine zusätzliche Abschreckung vor deren
37 Nutzung zu erzeugen.

38
39 Die JuliA Sachsen warnt die sächsischen Universitäten und die Staatsregierung davor, Zivilklauseln
40 einzuführen, die Wehrforschung an zivilen Universitäten verbieten. Die Wehrforschung an deut-

1 schen Universitäten ist sichtbar und transparent. Wir versprechen uns hiervon eine bessere Über-
2 wachbarkeit und Verankerung des Militärs in der Gesellschaft und Translation von Erkenntnissen
3 aus militärischen Projekten in zivile Nutzung.

4

5 *Begründung:*

6

7 Erfolgt ggf. mündlich.

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 21: Nudging ablehnen – Für eine Politik ohne Psychotricks, um Bürger zu lenken**

2

3 *Antragsteller: Benjamin Rego, Martin Thoma*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen lehnt „Nudging“ als Mittel der Politik ab. Eine solche Art der Be-
 8 vormundung des Bürgers durch psychologische Tricks degradiert den Bürger zum simplen Objekt
 9 von Politik.

10

11 *Begründung:*

12

13 Individuelle Freiheit kann manchmal für den Einzelnen, aber auch für die Gemeinschaft im Ganzen
 14 ‚negative Nebeneffekte haben. Falsche Ernährung, Rauchen, risikoreiche Sportarten oder zu viel
 15 Stress schaden dem Einzelnen, reizen jedoch auch die Toleranz der Gesellschaft aus.

16

17 Eine Lösung, welche die Freiheit auf der individuellen Ebene respektiert, wäre die Einsicht auf Sei-
 18 ten des Einzelnen sein Verhalten zu ändern und somit sich und seinen Mitmenschen etwas Gutes
 19 zu tun. Andere Lösungen, wie Verbote oder Reglementierungen sind denkbar; aus liberaler Sicht
 20 jedoch einhergehend mit Ausweichbewegungen, Ignoranz und Freiheitsberaubung.

21

22 Doch wie soll der „besorgte Staat“ darauf reagieren, dass sich seine Bevölkerung einfach nicht
 23 sinnvoll im staatlichen Sinne verhält? Neuste Lösung: Nudging. Eigentlich ein Prinzip, dass aus der
 24 Werbung entliehen wurde. So soll der Mensch einen kleinen „Schubser“ bekommen, um das „rich-
 25 tige“ Verhalten zu übernehmen. Der Staat definiert dementsprechend richtiges Verhalten und
 26 agiert nicht mit Verboten oder Einschränkungen, sondern versucht den Menschen in die richtige
 27 Richtung zu schubsen.

28

29 Die Bundesregierung unter Merkel zieht diese Art der Steuerung aktiv in Erwägung, da es z.B. in
 30 den USA und UK schon genutzt wird. So haben z.B. Politiker von CDU und SPD sich mit den Auto-
 31 ren des Nudging-Konzepts getroffen, um Anwendungsfelder in Deutschland anzudenken. Zudem
 32 gewinnt diese Politik noch an Brisanz, wenn man sich Teile der Bevölkerung so vorstellt: „Och ja,
 33 ich bekomme mich selber dazu nicht aufgerafft, aber wenn der liebe Staat mir da helfen mag, dann
 34 ist das doch gut.“

35

36 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

37

38

39

40

1 **Antrag 22: JuliA fit für die Zukunft machen**

2

3 *Antragsteller: Max Pätz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Der Landesvorstand wird damit beauftragt in enger Abstimmung mit den Kreisverbänden bis zum
8 57. LaKo eine Strukturreform der Jungliberalen Aktion Sachsen zu prüfen und entsprechende Sat-
9 zungsänderungsanträge auszuarbeiten.

10

11 Ziel der Reform soll es dabei sein, die Struktur der JuliA an die innerverbandliche Realität anzu-
12 passen. Dazu soll geprüft werden, wie arbeitsfähig die einzelnen Strukturen in den KVs sind und
13 in wie weit es sich anbietet, die Möglichkeit einer weiteren Untergliederungsebene zu schaffen.
14 Dadurch sollen möglichst arbeitsfähige Strukturen erhalten oder geschaffen werden und vor Al-
15 lem sichergestellt werden, dass alle Mitglieder mindestens von einer weiteren Untergliederungs-
16 ebene jenseits des Landes- oder Bundesverbandes mit eingebunden werden.

17

18 *Begründung:*

19

20 Erfolgt mündlich.

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 23: Liberales Lebensgefühl!**

2

3 *Antragsteller: JuLis Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Für die Jungliberale Aktion Sachsen muss liberale Politik in der Außendarstellung – auch in der
8 außerparlamentarischen Opposition – nicht nur auf die Vermittlung von Inhalten setzen, sondern
9 gleichzeitig ein liberales Lebensgefühl transportieren!

10

11 Nicht Ressentiments, nicht der Machterhalt um seiner selbst Willen, keine falsche Wohltätigkeit,
12 kein bevormundendes Gutmenschentum, sondern positive Aktivität, Optimismus, den Blick in die
13 Zukunft, Engagement, sich Einbringen, Toleranz gegenüber Anderen, selbst leben und auch andere
14 leben lassen, sind alle Ausdruck einer liberalen Grundeinstellung.

15

16 Dieses liberale Lebensgefühl ist die Grundlage für ein selbst bestimmtes Leben in einer Demokratie.

17

18 *Begründung:*

19

20 Die Parteienlandschaft in Deutschland verändert sich; man könnte auch sagen, der politische
21 Wettbewerb nimmt zu. Das ist im Sinne einer liberalen Partei. Gleichzeitig verändert sich auch der
22 Wähler. Man ist ungebundener, hat eher Affinitäten zu bestimmten Parteien als Bindungen oder
23 ist teilweise unpolitisch, weil das Private Vorrang hat. Parteien konkurrieren dementsprechend
24 nicht nur mit den anderen politischen Mitbewerbern, um die Aufmerksamkeit des Wählers bzw.
25 des Konsumentens, sondern auch mit unpolitischen Bereichen, wie z.B. den Medien, Sport und/
26 oder Kultur.

27

28 Liberale Politik unter diesen Voraussetzungen befindet sich folglich im Spannungsfeld zwischen
29 den eigenen Werten, den Erwartungen bzw. Nicht-Erwartungen potentieller Wähler und dem An-
30 gebot anderer Parteien.

31

32 Während unter Angela Merkel die Union zur wohlfühlenden Positionslosigkeit garniert mit ein
33 wenig Status Quo neigt, positioniert sich die SPD im Lichte der Öffentlichkeit nach links und er-
34 streitet sich und ihrer Klientel Wohltaten, um die Erfolge der Linkspartei zu stoppen bzw. we-
35 nigstens einzudämmen. Die Grünen nutzen den Mainstream und garnieren ihr Programm mit
36 schicken „Leckerbissen“ gepaart mit ein wenig entpolitisierter, im Fahrwasser von Merkel veror-
37 teter Bevormundung; rein nach dem Prinzip: die Politik bzw. der Staat wird es schon richten. Eine
38 Reaktion auf eine solche Politik ist Gründung der AfD: Was für die SPD die Agenda 2010 war, ist für
39 die Union und die FDP die Euro-Rettung gewesen.

40

1 Man kann sagen die FDP hat diese Entwicklungen verschlafen. Profitierte man 2009 noch von der
2 GroKo-Müdigkeit, so verpasste man die Umpositionierung der Union und aus der Traumhochzeit
3 wurde schnell die Ehe mit einer schwarzen Witwe. Die jetzige Lähmung rührt neben anderem
4 auch noch von da her. In der jetzigen Position geprägt durch die APO, ist ein Erneuerung zum einen
5 notwendig und zum anderen möglich.

6

7 Der Schlüssel, um beim Wähler wieder Gehör zu finden, ist ein bestimmtes Lebensgefühl, ein libe-
8 rales Lebensgefühl! Optimismus, den Blick in die Zukunft, Engagement, sich Einbringen, Toleranz
9 gegenüber Anderen, selbst leben und auch andere leben lassen, sind alle Ausdruck einer liberalen
10 Grundeinstellung.

11

12 Nicht die Ressentiments der AfD, nicht den Machterhalt um seiner selbst Willen der CDU, nicht die
13 falsche Wohltätigkeit der SPD, nicht das bevormundende Gutmenschentum der Grünen, sondern
14 positive Aktivität verbunden mit einem liberalen Lebensgefühl ist die Grundlage für ein selbst be-
15 stimmtes Leben in einer Demokratie.

16

17 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 24: Wettbewerb auch in der FDP**

2

3 Antragsteller: *JuLis Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Liberale Prinzipien dürfen nicht dort enden, wo die Firmen von FDP-Mitgliedern beginnen. Als Or-
8 ganisation, die sich in allen Lebenslagen gegen Zwang und Monopole und für fairen Wettbewerb
9 auf Augenhöhe einsetzt, sollte die FDP Sachsen in Zukunft auch bei der Konzeption von Kampag-
10 nen auf fairen Wettbewerb setzen.

11

12 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die FDP Sachsen dazu auf, für zukünftige Kampagnen mit
13 ausreichend zeitlichem Vorlauf Angebote mehrerer Agenturen einzuholen und die Entscheidung
14 über die ausführende Agentur transparent für alle Mitglieder zu treffen.

15

16 *Begründung:*

17

18 Erfolgt mündlich.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

1 **Antrag 31: Nicht der Name ist wichtig, sondern die Struktur!**

2

3 Antragsteller: *JuLis Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die JuliA Sachsen distanziert sich von dem ideologischen Streit, ob sich die Europäische Union im
 8 Sinne eines Staatenbunds oder Bundesstaats entwickeln soll, sondern erkennt die komplexe Meh-
 9 rebenenstruktur der EU an.

10

11 Weniger der Name ist wichtig, sondern die zukünftige Struktur der EU nach dem Lissabon-Ver-
 12 trag ist entscheidend! Viel dringender ist deswegen also eine Strukturreform der europäischen
 13 Entscheidungsinstitutionen, da Blockaden, Länderquoten und die schiere Anzahl von potentiellen
 14 Veto-Spielern die Arbeit von Rat, Kommission und Parlament erschwert.

15

16 *Begründung:*

17

18 Die Jungliberale Aktion Sachsen hat auf ihrem 46. JuliA-Landeskongress beschlossen, dass der eu-
 19 ropäische Einigungsprozess im Sinne des Modells eines Staatenbundes erfolgen soll – im Gegen-
 20 satz zur Forderung des Bundesverbandes der Jungen Liberalen, wonach die Europäische Union
 21 langfristig die Form eines Europäischen Bundesstaates annehmen soll. Die Unterscheidung zwi-
 22 schen Staatenbund und Bundesstaat entspricht dabei jedoch nicht mehr der politischen wie auch
 23 juristischen Welt.

24

25 In den Beschlüssen „Sachsen in Europa“ (33. JuliA-Landeskongress), „Europäischer Staatenbund
 26 statt Europäischer Bundesstaat (46.JuliA-Landeskongress) und „Für ein einheitliches europäisches
 27 Wahlrecht“ sind erste Ansatzpunkte für eine solche Strukturreform zu finden. Diese doppelten sich
 28 jedoch teilweise oder nehmen nur einzelne Aspekte und nicht alle drei Entscheidungsinstitutio-
 29 nen (Rat, Kommission und Parlament) in den Blick.

30

31 Dementsprechend fungiert dieser Antrag als eine erste Positionierung, in der sowohl die Struktur
 32 (Mehrebenensystem) anerkannt und die Probleme in der Entscheidungsfindung (Blockaden, Län-
 33 derquoten und die schiere Anzahl von Veto-Spielern) angeprangert werden. Diese bilden die Basis,
 34 auf der konsistente Erweiterungen aufbauen können.

35

36 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

37

38

39

40

1 **Antrag 32: Europa ist ein Thema!**

2

3 *Antragsteller: JuLis Chemnitz*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Der Landeskongress fordert den Vorstand der Jungliberalen Aktion Sachsen auf, die Gründung ei-
8 nes Landesarbeitskreises „Europa“ zur programmatischen Vertiefung zu prüfen.

9

10 *Begründung:*

11

12 1. Krisen in Europa gehören fast zum Alltagsgeschäft der Politik. Dementsprechend sind sie kein
13 neues Phänomen und fungierten immer wieder im Zuge ihrer Bewältigung als Motor bzw. Im-
14 pulsgeber europäischer Integration. Der Einfluss der europäischen Politik auf nationale wie regi-
15 onale Politik ist dabei stetig gestiegen. So wichtig der friedliche und einmalige Einigungsprozess
16 in Europa ist, so stellen sich doch viele Fragen: Wie soll man mit dieser Ebene umgehen? Wie kön-
17 nen Konflikte und Meinungsverschiedenheiten zwischen jetzt schon 28 Mitgliedsstaaten geregelt
18 werden? Wie lässt sich die Regulierungswut der EU-Kommission bändigen? Welche Möglichkeiten
19 und Chancen bestehen für ein liberaleres Europa? Diese Fragen sind nur ein Ausschnitt von rele-
20 vanten Themengebieten, mit denen man sich beschäftigen sollte. Europa ist ein wichtiges Thema,
21 auch und vor allem für die JuLiA in Sachsen, bedenkt man nur die geographische Lage mitten in
22 der Europäischen Union

23

24 2. Die JuLiA Sachsen braucht ein Forum, in dem programmatisch über europäische Politik disku-
25 tiert wird, weil mögliche Alternativen, wie der LFA Internationale Politik in Sachsen, der BFA der
26 Bundes-FDP und der BAK Internationale Politik der Jungen Liberalen programmatisch leider zu
27 vernachlässigen sind. So ist z.B. Landesfachausschuss Internationale Politik in Sachsen nicht wirk-
28 lich arbeitsfähig und der Bundesfachausschuss ist zu voll bzw. bringt wenig Output, der in Sach-
29 sen Anwendung finden kann. Gleichzeitig ist BAK Internationale Politik der Bundes-JuLis nicht er-
30 reichbar.

31

32 3. Die Gründung eines Landesarbeitskreises macht nur Sinn, wenn es genügend Interessenten (alle
33 Geschlechter eingeschlossen) an dem Thema gibt. Die Gründung eines weiteren „leeren“ Forums
34 ist den Aufwand nicht wert.

35

36 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

37

38

39

40

1 **Antrag 33: Es maut gebührend der Beitragsverkehr**

2

3 *Antragsteller: Alexander Hausmann*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungliberale Aktion Sachsen lehnt eine zusätzliche finanzielle Belastung der Autofahrer durch
 8 eine Maut ab. Gleichzeitig erkennt sie das Verursacherprinzip bei der Nutzung öffentlicher Stra-
 9 ßen und Landverkehrswege an. Wer drauf fährt, soll auch an den Kosten für Ausbau und Instand-
 10 haltung beteiligt sein. Dazu ist die KfZ-Steuer abzuschaffen und ein Verkehrswegebeitrag pro
 11 zugelassenem Fahrzeug einzuführen. Dessen Höhe orientiert sich wie bisher an der Größe des
 12 Hubraums sowie dem CO₂-Austoß während der Nutzung- und Kraftstofferzeugungsphase.

13

14 *Begründung:*

15

16 Eine Maut hätte in deutschen und insbesondere den sächsischen Grenzregionen negative Auswir-
 17 kungen für den lokalen Tourismus und die Wirtschaft insgesamt. Ob der bürokratische Aufwand
 18 zur Erhebung und Verwaltung überhaupt kostendeckend erfolgen kann, ist zudem fraglich.

19

20 Die Kosten für die Nutzung von KfZ weiter in die Höhe zutreiben, ist derzeit auch gar nicht not-
 21 wendig, greift doch Vater Staat dem Autofahrer ohnehin schon genug in die Tasche. Damit die ent-
 22 sprechend eingenommenen Gelder tatsächlich eingesetzt werden, wie z.B. der Name „KfZ-Steuer“
 23 es suggeriert, ist diese in einen Beitrag umzuwandeln – dessen Einnahmen dann nur zweckgebun-
 24 den eingesetzt werden können und sollen.

25

26 Zum besseren Verständnis der Unterschied zwischen Steuer, Beitrag und Gebühr:

- 27 • Steuern werden „ohne Gegenleistung“ an die öffentliche Hand entrichtet. Daher können Steu-
 28 ereinnahmen beliebig verwendet werden und sind an keinen bestimmten Zweck oder Verwen-
 29 dungsbereich gebunden.
- 30 • Ein Beitrag wird gezahlt für generelle Bereitstellung oder den Erhalt einer öffentlichen Einrich-
 31 tung oder eines Gutes, unabhängig davon, ob der Beitragszahler dies tatsächlich nutzt oder
 32 nicht. Die eingenommenen Gelder sind also zweckgebunden und können i.d.R. nur dafür ver-
 33 wendet werden.
- 34 • Eine Gebühr ist ein zu entrichtendes Entgelt, welches erst dann fällig wird, wenn ein Verwal-
 35 tungsvorgang beauftragt oder ein damit in Verbindung stehendes öffentliches Gut vom Ge-
 36 bührenzahler tatsächlich genutzt wird. Bei der Gebührenhöhe ist der Grundsatz der Angemes-
 37 senheit zu beachten. Der Zweck der Gebühr ist dabei die Kostendeckung.

38

39 Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

40

1 **Antrag 34: Abschaffung aller Agrarsubventionen – Liberale Antwort auf den Welthunger**

2

3 Antragsteller: Landesvorstand Julia Sachsen

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Jungen Liberalen setzen sich für die Abbau von Subventionen für die Landwirtschaft ein.

8 Trotz des Versprechens die Mittel für die Agrarförderung zu kürzen, sieht der EU-Haushalt 2014

9 hierfür immernoch 61 Milliarden Euro, das sind 121 Euro je Bürger, vor.

10 Der Agrarsektor wie auch seine Förderung sind extrem heterogen: Es existieren unterschiedliche
11 Unternehmensformen, die Betriebsgrößen variieren stark.

12 Staatliche Förderung führt zwangsläufig zur Außerkraftsetzung gesunder Marktmechanismen:

13 Die Preisbildung aufgrund von Angebot und Nachfrage ist ein Prozess, der vollständig durch die
14 freien Bürger liegen sollte. Der Staat ist hier in aller Regel ein Störfaktor zwischen Anbieter und

15 Abnehmer; Entweder werden Preise aus ideologischen Gründen durch seine Eingriffe gesteigert
16 oder gesenkt um den Absatz entweder zu steigern oder zu senken. Dies lehnen Liberale ab, da sie

17 Vertrauen in die Mündigkeit der Bürger und die Richtigkeit ihrer Entscheidungen haben.

18

19 **Direktzahlungen (83 %)**

20

21 Gerade bei den Direktzahlungen wird denen gegeben, die ohnehin schon haben: Mehr als 70 %

22 der Mittel entfallen auf die flächengrößten 10 % der Betriebe. Einseitige Förderung der von der Be-
23 völkerung in weiten Teilen abgelehnten industriellen Agrarwirtschaft und eine Bevorteilung von

24 Großunternehmen ungeachtet ihrer Möglichkeiten, Skalierungseffekte zur Gewinnsteigerung zu
25 nutzen, sind die Folge.

26 Während sich der Umweltschutz immer mehr auf Kohlenstoffdioxid reduziert, bleibt die Land-
27 wirtschaft größter Verschmutzer in Deutschland. Die Subventionen befördern nach der Einschät-
28 zung vieler Fachleute (u. a. Bundesumweltamt) die Überdüngung und Massentierhaltung.

29 Durch die marktverzerrenden Wirkungen der Direktzahlungen, wird eine faire Preisbildung inter-
30 national verhindert. Während die Landwirtschaft in Schwellen- und Entwicklungsländern durch

31 niedrigere Produktionskosten durchaus eine günstige Position hätte, werden sie von Europäern
32 mit Milliarden von Steuermitteln vom Markt verdrängt. Die Jungen Liberalen sehen hier eine

33 wichtige Ursache für den Welthunger.

34 Wir erkennen jedoch an, dass die EU nicht der einzige Förderer ist und deshalb eine überstaatliche
35 Initiative von Nöten ist.

36

37 **Ländliche Entwicklung (17%)**

38

39 Wir glauben, dass die Zukunft des ländlichen Raumes bzw. der Länder im ganzen nicht am grünen

40 Tisch entschieden werden kann. Wir vertrauen den Bürgern der EU und ihren Entscheidungen. Ob

1 man beispielsweise eine städtische einer ländlichen Umgebung als eigenem Lebensraum vorzieht,
2 soll jedem selbst überlassen sein. Wir erwarten, dass Infrastruktur dort ausgebaut wird, wo dies
3 für die Menschen tatsächlich notwendig ist und nicht nur von Planern für notwendig oder schlim-
4 mer noch wünschenswert gehalten wird.

5

6 **Andere Subventionen**

7

8 Zusätzlich zu den beiden eigentlichen Säulen der europäischen Agrarförderung, setzen Maßnah-
9 men auf niedrigerer Ebene Fehlanreize.

10 Die Erzeugung von Strom aus Agrarrohstoffen und die Beimischung von Bioethanol zu Fahrzeug-
11 treibstoffen werden durch unterschiedliche Gesetze unterstützt. Dies führt zu moralisch wie
12 wirtschaftlich untragbaren Ergebnissen. Es ist vor allem vor dem Hintergrund des nach wie vor
13 grassierenden Hungers nicht hinnehmbar, dass Steuergelder zur Förderung der Verbrennung von
14 Lebensmitteln verwendet werden. Vor allem das Negativ-Beispiel "E10" hat gezeigt, wie schlecht
15 staatliche Koordinierung auf neue Erkenntnisse und Konsumententscheidungen der Bürger reagiert
16 und schließlich scheitert.

17 Bürokratiemonster wie Agrardiesel und die Befreiung landwirtschaftlicher Fahrzeuge von der
18 Kraftfahrzeugsteuer führen Liberale zu der Frage, ob einseitig Branchen unterstützt werden sollen
19 und ob Aufwand für die Erhebung und anschließende Rückerstattung von Steuern gerechtfertigt
20 ist. – Die Julis beantworten beide Fragen mit nein.

21

22 **Transparenz**

23

24 Diejenige Institution aus deren Mitteln eine Maßnahme der Agrarförderung finanziert wird, soll
25 die Begünstigten und die Fördersummen ausweisen, um eine Nachvollziehbarkeit zu gewährleis-
26 ten und dem Bürger die Entscheidung darüber zu ermöglichen, ob die durch seine Steuern finan-
27 zierten Maßnahmen richtig und billig sind.

28

29 **Handelshemmnisse**

30

31 Die Jungen Liberalen sehen überwiegend Vorteile und Chancen im internationalen Freihandel.
32 Europäische Agrarsubventionen werden von Schwellen- und Entwicklungsländern jedoch zur Be-
33 gründung von Einfuhrzöllen auf europäische Produkte herangezogen. Gleichzeitig versucht die
34 Europäische Union mit lächerlichen Maßnahmen ihre Märkte gegen externe Anbieter abzuscho-
35 ten. Dies ist insgesamt zum Schaden aller Akteure und muss beendet werden.

36

37 *Begründung:*

38

39 Erfolgt mündlich.

40

1 **Antrag 35: Mobilität im ländlichen Raum**

2

3 *Antragsteller: Landesvorstand JuliA Sachsen*

Ja Nein Enthaltung
 Angenommen Abgelehnt

4

5 *Der Landeskongress möge beschließen:*

6

7 Die Abwanderung vor allem junger Menschen und die deshalb deutlich stärker zum Tragen kom-
8 menden Folgen des demographischen Wandels bestimmen die Entwicklung des ländlichen Rau-
9 mes in den nächsten Jahrzehnten. Für Liberale darf es ausdrücklich nicht zum Ziel werden, durch
10 staatliche Maßnahmen ländliche gezielt gegenüber städtischen Gebieten attraktiver zu machen.
11 Staatliche Infrastrukturpolitik muss für diese Gebiete jedoch vor allem gute Verkehrsbedingungen
12 schaffen, damit die Härten, die aus sinkender Bevölkerung und geringerer Wirtschaftsleistung er-
13 wachsen, nicht untragbar werden. Neben dem Automobil als wichtigstem Verkehrsmittel in Sach-
14 sen ist ein effektiver und effizienter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) die wichtigste Säule
15 und wird daher in jedem Fall im besonderen Fokus staatlichen Handelns stehen müssen. Zwar ha-
16 ben Landtag und Regierung sich der besseren Förderung mit Steuermitteln verschrieben, jedoch
17 führt mittelfristig kein Weg an der Erhöhung des Kostendeckungsgrades im ÖPNV vorbeiführen.
18 Die JuliA Sachsen fordert daher übergreifende und überregionale Konzepte: Alle Akteure, also alle
19 staatlichen Ebenen und Beförderungsunternehmen, müssen gemeinsam eine bei deutlich begrenz-
20 ten Mitteln optimale Verkehrsanbindung für die immer dünner besiedelten Gebieten erzielen.

21

22 **Führerschein mit 16.**

23

24 Wir fordern mehr Vertrauen in junge Menschen. Die Erfolge beim "Führerschein mit 17" nehmen
25 wir zum Anlass, um den nächsten logischen Schritt zu gehen: Wir möchten das Alter zum Führer-
26 scheinwerb ein weiteres Jahr herabsetzen. Gerade die Jugendliche und Familien auf dem Land
27 würden hierdurch deutlich entlastet.

28

29 **Erhalt vor Neubau.**

30

31 Das sächsische Fernstraßennetz ist – mit sehr wenigen Ausnahmen – ausreichend dicht und leis-
32 tungsfähig. Der weitere Ausbau des Netzes wäre aus Grenzkostenaspekten nicht opportun. Zu-
33 künftig müssen Straßenbaumaßnahmen daher vor allem die Instandhaltung bestehender Infra-
34 struktur zum Ziel haben.

35

36 **Nur noch ein Nahverkehrsverbund.**

37

38 Die Grenzen der fünf Nahverkehrsverbände in Sachsen verlaufen vor allem durch die Gebiete,
39 die eine gute Anbindung am dringendsten benötigen. Häufig endet die Linienführung an diesen
40 Grenzen, was für Passageire, die ein Ziel in einen anderen Verkehrsverbund haben zu Wartezeiten

1 und anderen Zusatzkosten führt. Daher sprechen wir uns dafür aus, alle sächsischen Verkehrsver-
2 bände zu einem einzigen zusammenzuführen. Die darüber hinaus vor allem durch Skalierungs-
3 effekte frei werdenden Mittel müssen dem neuen Unternehmen helfen, die Fahrpreisanstiege zu
4 vermeiden oder die Qualität des Angebots zu verbessern.

5

6 **Wettbewerb der Verkehrsträger.**

7

8 Als Liberale sind wir davon überzeugt, dass Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern zu den
9 besten, günstigsten und qualitativ hochwertigsten Ergebnissen für die Kunden insgesamt führen.
10 Straße und Schiene treten dabei genauso in Konkurrenz wie öffentliche und private Unternehmen.

11

12 **Zukunftsfähiger Schienenverkehr.**

13

14 Die Bahn bleibt ein wichtiges Verkehrsmittel in Sachsen, jedoch wird ihre hohe Beförderungska-
15 pazität bei sinkenden Bevölkerungszahlen zu Rechtfertigungsproblemen führen. Hier gilt für uns,
16 dass wirtschaftlich haltbare Bahnverbindungen weiter betrieben und unwirtschaftliche schritt-
17 weise mit anderen Verkehrsmitteln bedient werden müssen. Private Bahnunternehmen muss die
18 Nutzung des Schienennetzes erleichtert werden. Hier sollen die zuständigen staatlichen Stellen
19 verhindern, dass die Bahn hier unbotsmäßigen Hürden schafft.

20

21 **Grenzüberschreitenden Verkehr verbessern.**

22

23 Wir wollen den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit unseren Nachbarländern verbes-
24 sern. Hierfür braucht es jedoch mehr Grenzübergänge, die schwerlastfähig sind. Hierzu müssen
25 Bundesrepublik und Freistaat sich mit Polen und der Tschechischen Republik ins Benehmen setzen
26 und Lösungen erarbeiten.

27

28 **Bessere Taktung für optimale Verbindungen.**

29

30 Verbindungen im ÖPNV müssen zukünftig effizienter vernetzt und vertaktet werden. Bei der Auf-
31 stellung von Fahrplänen muss darauf geachtet werden, inwiefern Anschlussverbindungen her-
32 gestellt werden können. Wir wollen hier vor allem eine bessere Abstimmung zwischen Bahn und
33 kleineren Verkehrsmitteln wie Tram und Bus.

34

35 **Überlandfahrt.**

36

37 Unternehmen, die Personenbeförderung durch private Fahrer vor allem über mobiles Internet ver-
38 mitteln, schaffen eine neue, ökologische und ökonomisch interessante Fortbewegungsmöglich-
39 keit, die sich bereits an vielen Orten weltweit großer Beliebtheit erfreut. Wir fordern grundsätz-
40 lich, aber vor allem bei solchen Diensten, Maßnahmen zu unterlassen, die den Schutz staatlicher

1 Verkehrsmonopole zum Schutz haben. Fragen der Versicherung, Gewerbsmäßigkeit und Besteuerung sind gesondert und vor allem durch die Fahrer und Reisenden in liberaler Eigenverantwortung selbst zu klären.

4

5 **Neue Konzepte erproben.**

6

7 Um den ÖPNV im ländlichen Raum zukunftsfähig zu machen, sind neue Konzepte und innovative Ideen erforderlich. Wir fordern Offenheit und Experimentierfreudigkeit von allen Akteuren. Beispielsweise bringen mobile Kommunikationsmittel bedarfsgerechte Rufbusse vor allem für ältere Menschen im ländlichen Raum in greifbare Nähe.

11

12 *Begründung:*

13

14 Erfolgt ggf. mündlich.

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

Antragsänderungen & Dringlichkeitsanträge

Falls es bei Sachanträgen vorab Änderungen vom Antragsteller gibt, bringt bitte die geänderte Version des Antrags in digitaler Form sowie in Papierform (in geeigneter Anzahl) zum Landeskongress mit. Gleiches gilt für Dringlichkeitsanträge.

Die Dringlichkeit eines Antrages wird vor Ort auf dem Landeskongress festgestellt. Ein bloßes Versäumen der Antragsfrist reicht hierfür erfahrungsgemäß nicht aus. Wird die Dringlichkeit eines Antrags festgestellt, so wird dieser in das Verfahren zur Festlegung der Antragsreihfolge aufgenommen.



Ansprechpartner

Landesvorsitzender - Philipp Junghänel
philipp.junghaehnel@julia-sachsen.de
Tel.: 0173 - 3 11 47 30

Organisation - Maximilian Pätz
max.paetz@julia-sachsen.de
Tel.: 0174 - 3 41 66 43

Presse - Konrad Richter
konrad.richter@julia-sachsen.de
Tel.: 0172 - 3 68 71 77

Programmatik - Rudi Ascherl
rudi.ascherl@julia-sachsen.de
Tel.: 0174 - 7 20 39 96

